

XXIV. Jahrgang

Berlin, den 9. November 1920

Nummer 45

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Zum Jahrestag der deutschen Revolution

(9. November 1920)



un sind zwei volle Jahre verflossen, seit Deutschland die Konsequenzen aus seiner militärischen Niederlage zog und den bisherigen staatlichen Machthabern, die uns in das graufige Verderben zogen, den Laufpaß gaben.

Freilich, die Wirrnis der ersten Revolutionsmonate ergab kein klares Bild von dem, was nun werden sollte, und noch heute herrscht in vieler Beziehung ein Chaos, von dem man nicht genau weiß, ob es zur volkswirtschaftlichen Katastrophe nebst Staatsbankrott führen wird, oder ob wir uns allmählig wieder in aufsteigender Linie bewegen werden.

Wir erblicken in drei Brennpunkten die Hauptursachen all dieser entsetzlichen Elendserscheinungen für die breiten Massen des Volkes. Einmal in der fehlenden Bereitschaft im November 1918, mit vereinten Kräften die politische Umwälzung auch wirtschaftlich durchgreifend zu gestalten. Dabei wollen wir jetzt nicht erneut untersuchen, wer Schuld an dem damaligen Lohwabohu war, jedenfalls fehlte die erste Voraussetzung aller sozialistischen Maßnahmen: der geeinte starke Wille der gesamten deutschen Arbeiterklasse! In den unendlich widrigen Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse entstand ein Hemmungsfaktor, der nicht zu überwinden war durch den guten Willen und die Tapferkeit einzelner. Und das Schlimmste auf die verschiedenen „Führergruppen“, das auch heute noch einen erheblichen Teil der „Arbeiterpolitik“ mancher sozialistischen und kommunistischen Parteien ausfüllt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß damals auch die Massen auf der ganzen Linie verjagt haben.

Unterdessen lag das Unternehmertum und seine politische Vertretung — die bürgerliche Reaktion — auf der Lauer und wartete nur auf den Moment, wo sie wieder Oberwasser haben konnte. Wir müssen heute, am zweiten Jahrestage der Revolution, feststellen, daß die Reaktionen richtig spekuliert haben. Die Entzweiung und gegenseitige Bekämpfung der politischen Arbeiterparteien brachte ohne weiteres eine gewaltige Erstarrung der Reaktion, und es ist als ein wahres Wunder zu bezeichnen, daß wir politisch nicht noch mehr in Rückstand geraten sind. Dafür haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder ganz erheblich zugunsten der arbeitenden Schichten entwickelt, und noch immer ist nicht abzusehen, wann es den Gewerkschaften wieder gelingt, eine erträgliche Lohnbasis zu erreichen, von der aus die fortdauernden Preissteigerungen ausgeglichen werden.

Denn der zweite Faktor, den wir in Rechnung stellen müssen, ist vielleicht der aller schlimmste: Der Versailleser Friedensvertrag. Wenn jemals nationalstaatliche Unvernunft Triumph feiern konnte, so bei diesem Vertrag! Und es ist dabei recht unwesentlich, ob Frankreich der Hauptschuldige an dieser Massenmordtragödie ist, oder ob England und Italien gleich mitschuldig sind. Selbst Amerika hat außer der privaten Quäntertätigkeit als Staat und Volk bislang nichts getan, um das völlig unverdiente entsetzliche Los des deutschen und deutsch-österreichischen Volkes irgendwie zu lindern.

Es fehlt bei den Ententeimperialisten noch immer am guten Willen, Deutschland wieder zur Genesung kommen zu lassen. Ob nun der drohende finanzielle Zusammenbruch, der unseren Gläubigern doch auch einige Enttäuschungen bereiten würde, zur Besinnung und Einkehr lenkt, ist zurzeit doch recht zweifelhaft, wie die Verhandlungen in Spa und bei der internationalen Finanzkommission beweisen.

Und nun zur dritten Ursache unseres entsetzlichen Elends: der furchtbaren Wucherpolitik, die sich in Landwirtschaft, Handel und Industrie in hohem Maße überall bemerkbar macht. Keine Grenzen kennt heute die Profitgier, und weder die warnenden und mahnenden Stimmen noch die Strafandrohungen und verschärfenden Gesetzesbestimmungen haben an diesen Zuständen etwas zu ändern vermocht.

Dauernd schrien die Interessenten nur, die Zwangswirtschaft sei an sich dem Elend schuld. Nun da das neue deutschvolksparteiliche Ministerium uns „von den roten Ketten“ und der Zwangswirtschaft „befreit“ hat, ist der offene Preiswucher beinahe noch ärger in die Höhe geschossen als früher die geheime Schieberlei. Kleider, Schuhe, Eier, Fische, Fleisch und fast alle notwendigsten Nahrungsmittel sind derart im Preise gestiegen, daß die Lohnsteigerungen längst nicht nachfolgen konnten. In allen Kreisen — und wir sprechen es offen aus: auch beim Kleinhändler und Kleinproduzenten — ist die Jagd nach den Papierscheinen und die Bewunderung der breiten Volksmassen zur Reizerscheinung geworden. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß wir wenigstens im dritten Revolutionsjahr dieser furchtbarsten Zustände Herr werden.

Sieht so die Gegenwart in wirtschaftlicher Beziehung auch recht trübe aus, so dürfen wir darum doch nicht verzagen. Seht auf unserem Bilde: der Arbeiter hat den schrecklichen Drachen Militarismus erlegt, er hat die 22 Monarchen weggesetzt, er hat sich eine freie Verfassung geschaffen, dazu den Achtstundentag und ein freies Koalitionsrecht. In den Märztagen beim Kapp-Putsch sind wir der offenen Reaktion erfolgreich entgegengetreten, weil wir zusammenstanden. Wohl, das sind Clappen im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse, die in gegenwärtiger Zeit gerne unterschätzt werden.

Aber die Arbeiterklasse hat noch weitere Herculuarbeiten zu verrichten, um den kapitalistischen Augiasstall zu säubern. Bürokratie und rückwärtsstosende Profitgier werden wir nur so lange haben, wie wir sie uns gefallen lassen. Niemand ist schuld daran, wie wir selbst! Darum gilt es, auch im dritten Revolutionsjahre alle Kräfte zusammenzufassen, die sich gegen den Kapitalismus wenden.

Solidarisch wollen wir einander beistehen. Wenn es noch nicht auf dem Boden des politischen Kampfes sein kann, weil der sozialistische Richtungsstreit uns daran hindert, so wenigstens auf dem wirtschaftlichen Boden unserer freien Gewerkschaft, die ja eigentlich den Mutterboden für alle weiteren sozialen und politischen Entwicklungen abgibt.

Seid einig im Willen und im Handeln! Steht zusammen in Not und Gefahr!

Der Streik in Bremen.

In der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in der Nr. 44 der „Gewerkschaft“ ist schon mitgeteilt, daß die Bremer Kollegen im Streik stehen. Auch hier wurde uns der Kampf von dem Arbeitgeber, dem Bremer Senat, aufgezwungen. Die von den Bremer Kollegen beantragte Lohnerhöhung von 60 M. pro Woche wurde vom Senat in mehreren Verhandlungen abgelehnt und die von den Vertretern des Senats gegebene Begründung ließ erkennen, daß der Bremer Senat sich die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände, wie sie in Nr. 44 der „Gewerkschaft“ gekennzeichnet ist, zu eigen macht. Der örtliche Schlichtungsausschuß in Bremen fällt am Donnerstag, den 21. Oktober 1920, einen Schiedspruch, worauf der Anspruch auf Lohnerhöhung zurück als unbegründet abgewiesen wurde. Am Abend tagte die Versammlung der Staatsarbeiter, in welcher der ablehnende Schiedspruch bekanntgegeben wurde. Die Versammlung hat dann in geheimer Abstimmung mit 2113 Stimmen beschlossen, sofort in den Streik zu treten, und nur 111 Stimmen waren gegen den Streik. Am Freitag, den 22. Oktober, legten sämtliche Arbeiter der Bremer Staatsbetriebe die Arbeit nieder. Trotzdem beannte in Bremen das elektrische und das Gaslicht, die Straßenbahn war in vollem Betriebe und der Bremer Freimarkt Kummelteute ungehindert. Im Elektrizitätswerk und im Gaswerk wurde der Betrieb aufrechterhalten von Arbeiter-Beamten. Die streikenden Kollegen erklärten sich bereit, die Notstandsarbeiten zu verrichten und die von der Streikleitung ausgearbeiteten Richtlinien für die Notstandsarbeiten sind die Zustimmung nicht nur der streikenden Arbeiter, sondern auch der Beamten. Nach Festsetzung der Richtlinien erklärten die Vertreter der Beamten, daß ihre Mitglieder es jetzt ablehnen würden, Streiarbeit zu leisten. Mit dem Senat wurden am Sonntag, den 23. Oktober 1920, Verhandlungen angebahnt, bei denen über die Verrichtung der Notstandsarbeiten beraten werden sollte. Der Senat sollte sich verpflichten, nach Annahme der von der Streikleitung und den Beamtenvertretern aufgestellten Richtlinien für die Notstandsarbeiten die inzwischen eingetretene Technische Nothilfe aus den Betrieben zurückzuziehen. Die Senatsvertreter erklärten jedoch, daß sie zu Verhandlungen über die Notstandsarbeiten nicht ermächtigt seien, dagegen hätten sie mitzuteilen, daß der Senat zu Verhandlungen mit den Vertretern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter über die Lohnfrage bereit sei, zu diesen Verhandlungen aber einen Vertreter der Reichsregierung hinzuziehen würde. Diese Verhandlungen wurden zum Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, feigelegt, nachdem auf telegraphische Anfrage vom Reichsarbeitsministerium die Antwort eintraf, daß Geheimrat Däumann als Vertreter des Arbeitsministeriums eintreffen werde. Am Sonntagvormittag stellte sich heraus, daß die Beamten die Vereinbarung nicht eingehalten haben, der Strom für die Straßenbahn wurde nicht ausgeschaltet und der Betrieb im Elektrizitätswerk wurde vollständig aufrechterhalten durch die Beamten. Die Technische Nothilfe wurde im Gaswerk und in anderen Betrieben eingesetzt. Die Streikleitung hat vom Senat keinerlei Antwort über die aufgestellten Richtlinien für Notstandsarbeiten erhalten. Dagegen ist den Beamten angedeutet worden, daß jeder, der seinen Dienst verlasse, nicht nur entlassen werde, sondern nach dem Beamtenstatut der Bremer Verfassung strafrechtlich verfolgt werden könne. Wir brauchen uns somit nicht wundern, daß den Beamten das Herz in die Hosen gefallen ist und sie sich deshalb zur Solidarität für die Arbeiterchaft nicht aufschwingen konnten. Die zu Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, anberaumte Verhandlung wurde beeinflusst durch die Erklärung des Senats, daß die Schuldenlast des Staates Bremen so groß geworden sei daß die Hilfe des Reiches in Anspruch genommen werden müsse und schon deshalb keinerlei Zugeständnisse gemacht werden können. Der Bremer Senat habe Anweisung vom Reichsfinanzministerium keine Lohnerhöhung mehr zuzubilligen, da die Löhne der Bremer Staatsarbeiter beträchtlich höher seien als die Löhne der übrigen Reichs- und Staatsarbeiter. Geheimrat Däumann vom Arbeitsministerium erklärte, daß er keine Zugeständnisse habe, Lohnerhöhungen zuzugestehen aus den Gründen, die von den Senatsvertretern schon vorgetragen seien. Nachdem unsere Vertreter die Notwendigkeit der Lohnerhöhung begründeten und ausdrücklich feststellten, daß es sich hier nicht um Staats- oder Reichsarbeiter handelt, sondern um Gemeindearbeiter, schlug der Regierungsvertreter nach stundenlangem Verhandlung folgenden Vergleich vor:

Die Kinderzulage wird erhöht von 6 auf 8 M. pro Woche und für jedes Kind, verheiratete Arbeiter erhalten eine Zulage

von 12 M. pro Woche, ledige Arbeiter über 21 Jahre eine Zulage von 5 M. pro Woche, ledige Arbeiter vom 18 bis 21. Lebensjahre erhalten keine Zulage. Für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre wird eine Zulage bewilligt, die Höhe derselben wird vom Lohnprüfungsamt im Einvernehmen mit Vertretern der Arbeiterschaft festgelegt.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten, diesen Vergleichsvorschlag der Versammlung der Streikenden unterbreiten zu wollen. Zum Montag, den 25. Oktober, wurden von dem Bremer Gewerkschaftskartell die Vorstände der Gewerkschaften und die Betriebsräte zu einer Vollversammlung geladen. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Bremer Staatsarbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen. Es wurde anerkannt, daß der Ausgang dieses Kampfes die künftigen Lohnbewegungen der gesamten Arbeiterschaft beeinflussen. In einer Nachtversammlung der Straßenbahner wurde jedoch der Eintritt in den Streik mit übergroßer Majorität abgelehnt, und so sah sich die Streikleitung gezwungen, der zu Dienstag anberaumten Versammlung der Streikenden die Annahme des Vergleichsvorschlages zu empfehlen. Nach langen und oft recht stürmischen Auseinandersetzungen erkannte die Versammlung die Erkläre und stimmte mit großer Majorität dem Vorschlage der Streikleitung auf Annahme der obigen Vergleichsvorschläge zu.

Einnützig und geschlossen hat die Bremer Kollegenschaft die Arbeit niedergelegt und ebenso einmütig und geschlossen wurde am Mittwoch, den 27. Oktober 1920, vormittags, die Arbeit wieder aufgenommen. Wohl ist der materielle Erfolg dieses Kampfes nicht bedeutend, der moralische Erfolg dagegen um so größer. Auch in Bremen hat es sich gezeigt, daß gegen die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände — grundsätzlich keine Lohnerhöhungen mehr zugestehen — angefaßt werden mußte. Es gelang uns immerhin die Front der Arbeitgeber zu durchbrechen.

Aufgabe unserer Kollegen muß es sein, die Einigkeit innerhalb unserer Organisation auch weiterhin festzuhalten, dann können wir zuversichtlich weiteren Kämpfen entgegensehen!

Der Tarifvertrag für die bayerischen Straßen- und Flußbauamtsarbeiter.

Endlich ist nach langem und hartem Ringen der Tarifvertrag für die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter zum Abschluß gekommen. Bereits Ende März wurde der alte Vertrag für den 1. Juni 1920 gekündigt. Allgemein herrschte unter der Arbeiterschaft die Ansicht, die Tarifverhandlungen werden von der Beschöbe abschließlich in die Länge gezogen, um eine günstigere Zeit für einen besseren Abschluß zu erreichen. Von dieser Anschauung geleitet, waren auch die Vermühle gegen die Streikleitung in München nicht zu wenig. Kögen die Kollegen künftig mit den Vorkürzen etwas mehr zurückhalten, denn sie sind in den allermeisten Fällen unbedeutend. Die Hinausschiebung der Beratung des neuen Tarifes lag darin, daß der zuständige Referent zwecks Regelung der Löhne der Eisenbahner circa 4 Monate in Berlin war und daß man durch die Übernahme der bayerischen Bahnen durch das Reich nicht wußte, welchen Ministerien künftig die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter unterstellt werden. Der Zug der Zeit geht in Bayern nach rechts und auf Arbeitgeberseite nimmt der Gedanke des Lohnabbaues immer fester Formen an. Die vielen Streiks und Ausperrungen, die jetzt geführt werden, beweisen das. In dieses Horn bluten auch die vom Ministerium des Innern abgeordneten Vertreter. Keine Lohnerhöhung, keine Verbesserungen, das war das Lösungswort dieser Herren.

Ein weiterer Umstand, der den ganzen Verhandlungen wie ein Bleigewicht anhaftete, war, daß die Löhne der Straßen- und Flußbauamtsarbeiter den der Verkehrsarbeiter angepaßt werden müssen. Mit anderen Worten, an Stelle der in Bayern bestehenden 3 Lohnklassen treten 5 und statt Tagelöhne gibt es Stundenlöhne ohne Lohnaufbesserung. Infolge unserer schon bestehenden höheren Löhne mußten wir zunächst den Kampf gegen eine Verkleinerung aufnehmen, den wir auch siegreich bestanden. Erst aber mußten wir gezwungenerweise der Einteilung und den Sägen wie bei den Eisenbahnern zustimmen, um so mehr als leider auch schon die preussischen Wasserbauarbeiter nach diesen Sägen abgefunden werden. Unsererseits konnte nur erreicht werden, daß in den zwei niedrigsten Lohnklassen D und C, die für die große Mehrheit unserer Arbeiter in Frage kommen, wenigstens etwas über die Löhne der

Eisenbahner hinausgegangen wurde. Für die fernere Zukunft ist von besonderer Bedeutung, daß der Lohnsatz für unsere Arbeiter nicht nach dem Lebens-, sondern nach dem Dienstalter aufgebaut wurde, was, von zwei Seiten aus betrachtet, zu beachten ist. Erstens ist es nicht das starre System der Eisenbahner und zweitens bringt es für unsere älteren Arbeitskollegen durchweg eine Lohnaufbesserung.

Als Verhandlungsergebnis ist nach sechstägigen Beratungen in der Hauptfrage folgendes festzustellen:

1. Tariflöhne und Teuerungszuschläge pro Stunde in Mark:

	in Lohngruppe					
	I Zur- lohn Teuer- zuschlag	II Zur- lohn Teuer- zuschlag	III Zur- lohn Teuer- zuschlag	IV Zur- lohn Teuer- zuschlag	V Zur- lohn Teuer- zuschlag	VI Zur- lohn Teuer- zuschlag
Ortstlasse A.						
b. d. Einstell.	3,90	3,70	3,50	3,40	3,30	1,90
n. 200 Tgsh.	4,-	3,30	3,60	3,50	3,40	2,-
n. 400 "	4,10	3,90	3,70	3,60	3,50	2,10
n. 600 "	4,20	4,-	3,80	3,70	3,60	2,20
n. 800 "	4,30	4,10	3,90	3,80	3,70	2,30
Ortstlasse B.						
b. d. Einstell.	3,70	3,50	3,20	3,00	2,80	1,90
n. 200 Tgsh.	3,80	3,60	3,40	3,30	3,20	2,-
n. 400 "	3,90	3,70	3,50	3,40	3,30	2,10
n. 600 "	4,-	3,80	3,60	3,50	3,40	2,20
n. 800 "	4,10	3,90	3,70	3,60	3,50	2,30
Ortstlasse C.						
b. d. Einstell.	3,50	3,30	3,10	2,90	2,80	1,90
n. 200 Tgsh.	3,60	3,40	3,20	3,10	3,00	2,-
n. 400 "	3,70	3,50	3,30	3,20	3,10	2,10
n. 600 "	3,80	3,60	3,40	3,30	3,20	2,20
n. 800 "	3,90	3,70	3,50	3,40	3,30	2,30
Ortstlasse D.						
b. d. Einstell.	3,30	3,10	2,90	2,80	2,70	1,90
n. 200 Tgsh.	3,40	3,20	3,-	2,90	2,80	2,-
n. 400 "	3,50	3,30	3,10	3,-	2,90	2,10
n. 600 "	3,60	3,40	3,20	3,10	3,-	2,20
n. 800 "	3,70	3,50	3,30	3,20	3,10	2,30
Ortstlasse E.						
b. d. Einstell.	3,10	2,90	2,70	2,60	2,50	1,90
n. 200 Tgsh.	3,20	3,-	2,80	2,70	2,60	2,-
n. 400 "	3,30	3,10	2,90	2,80	2,70	2,10
n. 600 "	3,40	3,20	3,-	2,90	2,80	2,20
n. 800 "	3,50	3,30	3,10	3,-	2,90	2,30

2. Die Kinderbeihilfe wird pro Arbeitstag auf 1,60 Mfr. erhöht.

3. Die Entfernungszulage wird nach 4 bzw. 6 Kilometer in der Höhe von 2 bis 6 Mfr., je nach der Kilometerzahl, von der Wohnung des Arbeiters aus bezahlt.

4. Bei Regenschichten wird die geleistete Arbeitszeit voll, die übrige mit 50 Prozent bezahlt.

5. Der Urlaub beträgt nach 300 Tagsschichten 6 Arbeitstage; er steigt mit je weiteren zurückgelegten 300 Tagsschichten um einen Arbeitstag, bis zum Gesamturlaub von 15 Arbeitstagen.

6. Bezahlung der kürzeren Arbeitsverhältnisse u. a. m.

Es wird für die Zukunft anzuführen sein, daß wir unsere Mitwirkung bei den Tarifverhandlungen der Eisenbahner erwirken. Dauernd können wir uns das fertigmachende Eisen, ohne unser Zutun, nicht versehen lassen. Das ist diesmal geschehen und dadurch gestillten sich die Verhandlungen schwierig, die speziell bei dem Lohnsatz wiederholt zu scheitern drohten. Nur das Zugeständnis, daß wir die weiteren Zulagen der Eisenbahner auch bekommen, brachte die Verhandlung zum Abschluß. Bestrebend wirkt das Resultat bei unseren Kollegen nicht, die entsprechend der Teuerung eine weitere Lohn-erhöhung erwarten haben. Preissteigerung und Lohnabbau, wie es bei den diesjährigen Lohnverhandlungen gemacht werden sollte, stehen zueinander wie Feuer und Wasser.

Den Arbeitskollegen sei aber von dieser Stelle aus gesagt, daß alle Kräfte der Gegenseite am Werke sind, um die Lohnsätze zum Abbau zu bringen, gleichwohl ob berechtigt oder unberechtigt! Sie müssen daher mehr als bisher nach ihre Reichen schließen, um ihren Existenzkampf, der kommen wird, siegreich bestreiten zu können. Daher jeder Mann in den Verband!

• Betriebsräte •

Eine Aufgabe der Betriebsräte. Zu den im Augenblick dringendsten Aufgaben der Betriebsräte gehört es, Doppelarbeiten und ähnliche Erscheinungen auszumerken. Die ungeheure Arbeitslosigkeit zwingt die in Arbeit stehenden an Nebenarbeit, die landwirtschaftlicher Natur sind, Verzicht zu leisten. Bei gewissen und künstlerischen Arbeiten ist der Nachschub allerdings etwas anders. Diese Arbeiten sind rein individuell. Etwas anderes ist es aber, wenn jemand Handwerker, z. B. Schuhmacher, ist. Bittere Not zwingt ihn nicht, abends noch etwa 4 Stunden und darüber zuzubause zu arbeiten, wenn er am Tage seine Arbeit im Staat- oder Gemeindebetrieb verrichtet hat. Die in staatlichen Instituten beschäftigten werden aus den Steuererträgen entlohnt und es ist nicht richtig, wenn diese durch abendliche Nebenarbeit Arbeitslosen die Erwerbsmöglichkeit nehmen und so die Steuerkraft schwächen. So mancher sagt, er kommt mit dem Lohn nicht aus. Das ist wohl richtig, aber man frage sich, wie die auskommen sollen, die auf der Erwerbslos- und Unterstützung angewiesen sind. Die Betriebsräte haben hier allerdings eine unankbare Aufgabe und man lasse sich nicht mit der Bemerkung abweisen, daß es ja so wenig sei, was abends noch gemacht werden könne. Viele wenig machen ein Viel! Die Betriebsräte, die ihre Aufgabe ermit auflösen, werden sich nicht abhalten lassen, ihrer Pflicht nach, also sozial zu wirken, und davon darf sie auch nicht die Gehässigkeit der Petrolisten abhalten. Sorgt dafür, daß derartige Mißstände verschwinden; der Erfolg wird nicht ausbleiben!

• Staatsarbeiter •

Betriebsarbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben. Am 2. Oktober d. J. begannen im Reichsarbeitsministerium Lohnverhandlungen für die unter den Tarifvertrag vom 4. März d. J. fallenden Arbeitnehmer. Da das Lohnabkommen bis heute nicht endgültig abgeschlossen ist, weisen wir darauf hin, daß dasselbe nach Abschluß in der „Gewerkschaft“ bekanntgegeben wird. Zur Information für die unter den Tarifvertrag vom 4. März fallenden Kollegen weisen wir darauf hin, daß ab 1. Juni d. J. die jeweiligen Lebensunterhaltungszuschüsse an die Kollegen zu zahlen sind, wie dieselben bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung zur Auszahlung gelangen. Es folgen die jeweiligen Höhe und Orte: 40 Pfennig für alle Orte der Ortstlasse A im Bereich der Eisenbahndirektion Essen sowie Emmerich, Bafsum und Mannheim. — 30 Pfennig für alle übrigen Orte der Ortstlasse B im Bereich der Eisenbahndirektion Essen sowie Dorsten, Aktien, Groß-Formen, Düsseldorf, Groß-Eberfeld, Dagen i. Westf., Deelen, Gerreit-Dorsten, Lantenburg, Volkwinkel, Remscheid. — 20 Pfennig für alle übrigen Orte im Bereich der Eisenbahndirektion Essen aus Ortstlasse C und D, Berlin, Lehndorf, Gaus, Lurich, Gottmadingen, Groß-Fencklohe, Halle, Saitern, Carzburg, Alenburg, Karlsruhe, Groß-Schönau, Langensalza, Linz und die übrigen am Rhein gelegenen Orte, soweit nicht Besatzungszulage, Koch-, Kochkauten, Mühlhausen (Thür.), Nürnberg, Cler, Villau, Plauen, Reichen a. d. Auer und alle Kantonen, Lempe, Stadthagen, Groß-Zuttart, Zwinnmünde, Traß, Unterluf, Weihenfels, Wernigerode, Winterberg (Westf.), Wüstermark, Jöbzig. — 10 Pfennig für die übrigen, Biedertopf, Bitterfeld, Bockolt, Coswig in Sachsen, Deisenhofen, Eberburg, Elmstörn, Emden, Finckenberch, Födra, Freimann, Groß-Camburg (mit Altona), Debelberg, Jüterbog, Magdeburg, Obersheim, Pfortheim, Plauen, Reichenbach i. V., Riels, St. Georgen, Schweinfurt, Schwelkingen, Seckenheim, Seufzenberg, Singen, Willingen, Weimar, Weizwasser, Werdau, Wiesloch, Zwickau. — Für die unter den Manteltarif vom 7. November 1919 fallenden Arbeitnehmer schreiben zurzeit gleichfalls Lohnverhandlungen. Auch diese Abmachungen werden nach erfolgtem Abschluß der Kollegenchaft zur Kenntnis gebracht. Vermehren möchten wir bereits jetzt, daß die Lohnhöhe ab 1. Oktober d. J. sich mit der für die Eisenbahner gültigen deckt.

• Notizen für Gasarbeiter •

Leipzig. Die Arbeiter der Porzellanwerke hatten in ihrer Versammlung am 27. September beschlossen, neue Lohnforderungen aufzustellen. Die am 30. September an den Zentralausschuß Leipziger Arbeiterverbände eingereicht wurden mit dem Ersuchen, bis zum 6. Oktober unserer Ortsverwaltung in Leipzig mitzutreten, wenn die Verhandlungen darüber stattfinden. Die vom 6. Oktober datierte Antwort des Zentralausschusses ließ wissen, daß die aufgestellten Forderungen den Vertretern der einzelnen Werke zur Stellungnahme unterbreitet worden sind; sei das erfolgt, würden wir weiter benachrichtigt werden. Den empfindlichen Verhandlungstermin erfahren wir jedoch durch Mitteilung von der Darstellungs- der Thüringer Gaswerke. Das war auffällig, weil die früheren Verhandlungen vom Zentralausschuß gepflogen wurden. Bei den Verhandlungen am 19. Oktober wurde eine Lohnhöhung für die

gesamten Belegschaften der Vorkriegswerke von 35 Pf. pro Stunde zu 40 Pf. Die Löhne für die Arbeiter der Gaswerke Wahren, Pölsch-Grobenberg, Großschäfer und Engelsdorf betragen: Handwerker und Feuerhausarbeiter pro Stunde 5,35 Mk., angelernte Arbeiter pro Stunde 4,00 Mk., Arbeiterinnen pro Stunde 3,55 Mk. Die Arbeiter des Gaswerkes Jüntenau erhalten wie vormals 30 Pf. weniger pro Stunde. Ihr Lohn betrug bisher 4,70, 4,25 und 3 Mk. und erhöht sich nunmehr auf 5,05, 4,55 und 3,35 Mk. in den drei Arbeitergruppen. Auf unsern Hinweis, daß dieses Zugeständnis unzulänglich sei, erklärten sich die Arbeitgeber bereit, trotzdem der Tarifvertrag rückwirkende Lohnzulagen grundsätzlich ausschließt, die Zulage ab 1. Oktober nachzahlen zu wollen. Die Arbeiter der Vorkriegswerke nahmen in ihrer Versammlung am 23. Oktober in geheimer Abstimmung gegen 99 Stimmen das Angebot der Thüringer Gasgesellschaft an. Wie die Betriebsräte der Gaswerke berichteten, war ihnen Nachrichten zug. kommen, daß der Zentralausschuß Leipziger Arbeiterverbände ein Verhandeln über Lohnzulagen überhaupt unternimmt und jegliche Lohnverbesserung ablehnt. Die Arbeiterschaft war jedoch gewillt, auch von ihrem letzten Mittel, der Arbeitniederlegung, Gebrauch zu machen, die Hauptleitung der Thüringer Gasgesellschaft und die Direktoren bewiesen etwas mehr Einsicht, indem sie die Verhandlungen selbst ansahen und, wenn auch in unzulänglicher Weise, einer Lohnverbesserung zustimmten. Die Arbeiterschaft präzisierete ihren Standpunkt dahin, daß sie nicht umhin könne, bei anhaltender Preissteigerung aller Subsistenzmittel sofort neue Lohnforderungen zu stellen, und so lange auf Zerschüsse nicht verzichtet könne, bis die Regierung endlich dafür Sorge, daß ein Preisabbau der Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt.

Landstraßenwärter

Niedersachsen. In der Versammlung der Landstraßenwärter des Landes Niedersachsen am 17. November gab Kollege Neuter einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Lage. Sodann berichtete er über die unmöglichen eingeleiteten und zum Abschluß gelangten Verhandlungen mit dem Kreisauschuß. Er teilte mit, daß nunmehr die Stundenlöhne ab 1. August d. J. 3 Mk. betragen, also 24 Mk. pro Tag. Die Kollegen sind mit dem Vorgehen des Landes und erw. haben und erklären die Ortsverwaltung Niedersachsen, auch fernerhin die Interessen der Kollegen wahrzunehmen.

Bremen. Am 22. Oktober lagte eine Konferenz der Landstraßenwärter von Nordhannover in Bremen Neben den in Frage kommenden Gauleitungen waren 12 Delegierte vertreten. Gauleiter Meißner-Dannover berichtete über den Stand der Löhne beim Landstraßenbau. Mehrere fürchte aus, daß wohl in keiner Provinz so große Unterschiede in der Entlohnung der Landstraßenwärter zu verzeichnen sind wie in der Provinz Hannover. Zwischen niedrigstem und höchstem Lohnsatz ist ein Unterschied von über 100 Proz. Die Arbeit ist durchgängig Alfordarbeit. Die Alfordsätze sind 25 Proz. über den Tagelohn. Im Kreise Gronau verweigern unsere Kollegen die Alfordarbeit. Dort sind die Tagelöhne die höchsten in der Provinz. Der werden 24 Mk. pro Tag bezahlt. Dann folgen drei Kreise mit 22 Mk. Tagelohn. Neun Kreise zahlen 20 Mk., vier Kreise 18 Mk., 15 Kreise 16 Mk. Tagelohn. In diesen 9 Kreisen dürften 50 Prozent der Landstraßenwärter beschäftigt sein. In den 37 Kreisen von Nordhannover werden noch Tagelöhne von 11 bis 14 Mk. bezahlt. Die Notlage unter diesen Wärttern ist daher außerordentlich groß. Wohl soll zu regeln werden, daß ein Teil der Wärtter mehr oder weniger Landwirt-Gast betreibt. Manche Wärtter haben bis zu 40 Morgen Land. Aber das ist ein verschwindend kleiner Teil. Die Mehrzahl ist auf ihren Verdienst angewiesen. Die Ursachen der niedrigen Löhne Nordhannovers liegen darin, daß hier die Organisation auf sehr schwachen Füßen steht. Die Wärtter in der Mehrzahl der Kreise sind noch unorganisiert. Diese Kollegen bilden das größte Hindernis. Auch die Zersplitterung in verschiedenen Organisationen sind nicht von Vorteil. Unsere sozialpolitischen Forderungen sind nur in sechs Kreisen im Gau Hannover durchgesetzt. In Nordhannover sind diese Forderungen nicht einmal gestellt. Eine einheitliche Aktion in der ganzen Provinz muß herbeigeführt werden. Jetzt wird sich hier, bald da etwas unternommen, stets wirklos. Das Landesdirektorium steht sich hinter die Kreise und die Kreise hinter das Landesdirektorium. Wir dürfen uns auch nicht von der Drohung scheuen lassen, daß bei weiteren Lohnverbesserungen Wärtter entlassen werden sollen. Ein Teil der Landräte kann sich auch noch nicht daran gewöhnen, bei Regelung der Löhne die gesetzliche Arbeitervertretung und die Organisationsleitung hinzuzuziehen. Aber alle diese Schwierigkeiten können leicht überwunden werden wenn ein besserer Geist unter den Wärttern selbst herrscht. Der beste Beweis von der Wirksamkeit der Organisation ist der, daß die Kreise, wo die Wärtter unorganisiert sind, auch die schlechtesten Löhne haben. Diese Wärtter müssen und können gewonnen werden, wenn alle Kollegen tatkräftig mitarbeiten. — In der Diskussion berichtete Kollege Dreißer-Bremersleben über die Schwierigkeiten, die in der Lohnfrage mit

dem Kreis Lehe bestehen. Eine Besserung kann nur eintreten, wenn die Verhältnisse in Hannover mit dem Landesdirektorium für die ganze Provinz einheitlich geregelt werden. Kollege Schulz-Gambrügge berichtete aus dem Kreise Harburg. So erhalten die Wegwärtter der Gemeinde Wilhelmshagen 1 Mk. pro Stunde mehr als die Kreisstraßenwärter, die in der gleichen Gemeinde wohnen. Auch aus dem Kreise Stade wurde berichtet, daß dort die Löhne zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, und die Wärtter durch Androhung mit Entlassung eingeschüchert werden. Hartmann-Canabridg gab bekannt, daß es ihm in letzter Zeit gelungen ist, für die um Canabridg herum liegenden Kreise den Lohn auf 16 Mk. pro Tag zu bringen. Neumann-Bremen schilderte die große Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Landstraßenwärter. In Bremerbörde sind alle wieder ausgetreten, nachdem der Verband eine Lohnzulage herausholte. Die Konferenz beauftragte den Kollegen Meißner-Dannover mit der Ausarbeitung eines neuen Mantelartikels, der dem Landesdirektorium und allen Kreisen unterbreitet werden soll. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die am 22. Oktober in Bremen tagende Konferenz der Chaussee- und Landstraßenwärter der Provinz Hannover fordern vom Landesdirektorium und allen Kreis-Ausschüssen eine durchgreifende Aufbesserung der jetzigen Löhne für alle beim Landstraßenbau beschäftigten Arbeiter. Der größte Teil der Wärtter befindet sich in einer außerordentlichen Notlage. Die Verteuerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel bringt eine weitere Verelendung der wirtschaftlichen Lage der Landstraßenwärter mit sich. Die Pachtpreise für einen Morgen leichten Boden betragen jetzt 100 bis 125 Mk. Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte, die wegen des geringen Besitzes in der Familie selbst gebraucht werden, sind daher außerordentlich hohe. Die Löhne beim Landstraßenbau stehen in keinem Verhältnis zu der herrschenden Teuerung. Durchgängig sind die Löhne der Landarbeiter höher als die der Landstraßenwärter. Eine sofortige Erhöhung der jetzigen Löhne um 25 bis 50 Proz. ist dringend notwendig. Ferner protestiert die Konferenz entschieden gegen die Handlungsweise einzelner Landräte, die versuchen bei Lohnverhandlungen die Organisation auszuschalten. Allen Betriebsräten wird zur Pflicht gemacht, ohne Organisationsvertreter keine Lohnverhandlungen zu führen. Vom Landesdirektorium wird endlich die verprobene Durchführung der sozialpolitischen Forderungen verlangt, da eine dringende Notwendigkeit hier vorliegt. Die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird beauftragt, diese Forderungen dem Landesdirektorium und allen Kreis-Ausschüssen zu unterbreiten. Allen Landstraßenwärttern wird zur Pflicht gemacht, sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen.

Neulich (Freistaat Danzig). In der am 17. Oktober abgehaltenen, gut besetzten Versammlung der Wegwärtter in Neulich des Kreises Großer Werder erstattete Kollege Kort-Danzig Bericht über die Lohnangelegenheit an den Kreis-Ausschuß und dessen Antwort. Von den Kollegen wurde bemängelt, daß der Kreis-Ausschuß die Erhöhung der Löhne verlagert hat. Es wird verlangt, daß Schritte unternommen werden, die unverzüglich zum Ziele führen, denn mit 12 Mk. pro Tag ist es im teuren Freistaat unmöglich, den Lebensunterhalt für die Familie zu bestreiten. Kollege Kort referierte dann über Preis und Ziele der Gewerkschaften, was mit reichem Beifall von den Kollegen aufgenommen wurde. Daraufhin wurde beschlossen, eine Zentrale zu gründen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender und 1. Kassierer Johann Weisner, Simonshof, 2. Vorsitzender Peter, 2. Kassierer Will, 1. Schriftführer Diemann.

Osternburg. In der stark besuchten Versammlung der Straßenwärter am 21. Oktober hielt Kollege Wachtendorf einen Vortrag über: „Unsere Tarifbewegung und die wirtschaftliche Lage“. In der Aussprache wurde die Ausdehnung der Extrabeiträge durch den Verbandsvorsitzenden bestritten. Die Extraeinnahmen sollen sofort der Hauptkasse zugewandt werden, damit weitere Kämpfe nicht veräußert werden. Nachdem der Kassierer die Abrechnung bekanntgegeben hatte und die örtlichen Betriebsfragen besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Aus unserer Bewegung

Gau Brandenburg. Der Arbeitgeberverband der Gemeinden und Gemeindeverbände im Regierungsbezirk Potsdam hatte die Gauleitung zu Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Gemeindearbeiter im Regierungsbezirk Potsdam zum 28. Oktober 1920 eingeladen. Nach den einleitenden Worten des Verhandlungsleiters führte Gauleiter Kühne aus: „Nur wir in die Spezialverhandlungen eintreten, haben wir dem Arbeitgeberverband unsere Bedingungen zu unterbreiten: 1. Der Tarifvertrag soll auf Arbeitnehmerseite nur den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Kontrahent haben. 2. Die bisher im Regierungsbezirk Potsdam bestehenden Lohnurteile dürfen durch den Tarifvertrag nicht verschlechtert werden. 3. Es sollen nicht mehr als 4. Erstklassen geschaffen werden, und der Lohn der niedrigsten Erstklasse muß mindestens 75 Proz. des Lohnes der 1. Erstklasse

Eisenbahner hinausgegangen wurde. Für die fernere Zukunft ist von besonderer Bedeutung, daß der Lohnsatz für unsere Arbeiter nicht nach dem Lebens-, sondern nach dem Dienstalter aufgebaut wurde, was, von zwei Seiten aus betrachtet, zu beachten ist. Erstens ist es nicht das starre System der Eisenbahner und zweitens bringt es für unsere älteren Arbeitstollenen durchweg eine Lohnaufbesserung.

Als Verhandlungsergebnis ist nach sechentägigen Beratungen in der Hauptsache folgendes festzustellen:

1. Tariflöhne und Teuerungszuschläge pro Stunde in Mark:

	in Lohngruppe					
	I	II	III	IV	V	VI
	Lohn	Teuerungszuschlag	Lohn	Teuerungszuschlag	Lohn	Teuerungszuschlag
Ortsklasse A.						
b. d. Einstell.	3,90/1,-	3,70/1,-	3,50/1,-	3,40/1,-	3,30/1,-	1,000,70
n. 200 TgSch.	4,-/1,-	3,80/1,-	3,60/1,-	3,50/1,-	3,40/1,-	2,- 0,70
n. 400 "	4,10/1,-	3,90/1,-	3,70/1,-	3,60/1,-	3,50/1,-	2,100,70
n. 600 "	4,20/1,-	4,-/1,-	3,80/1,-	3,70/1,-	3,60/1,-	2,200,70
n. 800 "	4,30/1,-	4,10/1,-	3,90/1,-	3,80/1,-	3,70/1,-	2,300,70
Ortsklasse B.						
b. d. Einstell.	3,70/0,90	3,50/0,90	3,30/0,90	3,20/0,90	3,10/0,90	1,000,60
n. 200 TgSch.	3,80/0,90	3,60/0,90	3,40/0,90	3,30/0,90	3,20/0,90	2,- 1,60
n. 400 "	3,90/0,90	3,70/0,90	3,50/0,90	3,40/0,90	3,30/0,90	2,100,60
n. 600 "	4,-/0,90	3,80/0,90	3,60/0,90	3,50/0,90	3,40/0,90	2,200,60
n. 800 "	4,10/0,90	3,90/0,90	3,70/0,90	3,60/0,90	3,50/0,90	2,300,60
Ortsklasse C.						
b. d. Einstell.	3,50/0,80	3,30/0,80	3,10/0,80	3,-/0,80	2,90/0,80	1,000,50
n. 200 TgSch.	3,60/0,80	3,40/0,80	3,20/0,80	3,10/0,80	3,-/0,80	2,- 0,50
n. 400 "	3,70/0,80	3,50/0,80	3,30/0,80	3,20/0,80	3,10/0,80	2,100,50
n. 600 "	3,80/0,80	3,60/0,80	3,40/0,80	3,30/0,80	3,20/0,80	2,200,50
n. 800 "	3,90/0,80	3,70/0,80	3,50/0,80	3,40/0,80	3,30/0,80	2,300,50
Ortsklasse D.						
b. d. Einstell.	3,30/0,70	3,10/0,70	2,90/0,70	2,80/0,70	2,70/0,70	1,000,40
n. 200 TgSch.	3,40/0,70	3,20/0,70	3,-/0,70	2,90/0,70	2,80/0,70	2,- 0,40
n. 400 "	3,50/0,70	3,3/0,70	3,10/0,70	3,-/0,70	2,90/0,70	2,100,40
n. 600 "	3,60/0,70	3,40/0,70	3,20/0,70	3,10/0,70	3,-/0,70	2,200,40
n. 800 "	3,70/0,70	3,50/0,70	3,30/0,70	3,20/0,70	3,10/0,70	2,300,40
Ortsklasse E.						
b. d. Einstell.	3,10/0,60	2,90/0,60	2,70/0,60	2,60/0,60	2,50/0,60	1,000,30
n. 200 TgSch.	3,20/0,60	3,-/0,60	2,80/0,60	2,70/0,60	2,60/0,60	2,- 0,30
n. 400 "	3,30/0,60	3,10/0,60	2,90/0,60	2,80/0,60	2,70/0,60	2,100,30
n. 600 "	3,40/0,60	3,20/0,60	3,-/0,60	2,90/0,60	2,80/0,60	2,200,30
n. 800 "	3,50/0,60	3,30/0,60	3,10/0,60	3,-/0,60	2,90/0,60	2,300,30

2. Die Kinderbeihilfe wird pro Arbeitstag auf 1,60 Mk. erhöht.

3. Die Entfernungszulage wird nach 4 bzw. 6 Kilometer in der Höhe von 2 bis 6 Mk., je nach der Kilometerzahl, von der Wohnung des Arbeiters aus bezahlt.

4. Bei Regenschichten wird die geleistete Arbeitszeit voll, die übrige mit 50 Prozent bezahlt.

5. Der Urlaub beträgt nach 300 Tagsschichten 6 Arbeitstage; er steigt mit je weiteren zurückgelegten 300 Tagsschichten um einen Arbeitstag, bis zum Gesamturlaub von 18 Arbeitstagen.

6. Bezahlung der kürzeren Arbeitsverjämms u. a. m.

Es wird für die Zukunft anzutreten sein, daß wir unsere Mitwirkung bei den Tarifverhandlungen der Eisenbahner erweitern. Dauernd können wir uns das fertigmachte Eisen, ohne unser Zutun, nicht vorsetzen lassen. Das ist diesmal geschehen und dadurch gestatteten sich die Verhandlungen schwierig, die speziell bei dem Lohnsatz wiederholt zu schweren drohen. Nur das Zugeständnis, daß wir die weiteren Zulagen der Eisenbahner auch bekommen, brachte die Verhandlung zum Abschluß. Befriedigend wirkt das Resultat bei unseren Kollegen nicht, die entsprechend der Teuerung eine weitere Lohn-erhöhung erwarten haben. Preissteigerung und Lohnabbau, wie es bei den diesjährigen Lohnverhandlungen gemacht werden sollte, stehen zueinander wie Feuer und Wasser.

Den Arbeitskollegen sei aber von dieser Stelle aus gesagt, daß alle Kräfte der Gegenseite am Werke sind, um die Lohnsätze zum Abbau zu bringen, gleichwohl ob gerechtigt oder ungerechtigt! Sie müssen daher mehr als bisher noch ihre Reihen schließen, um ihren Existenzkampf, der kommen wird, siegreich bestehen zu können. Daher jeder Mann in den Verband!

• Betriebsräte •

Eine Aufgabe der Betriebsräte. In den im Augenblick dringendsten Aufgaben der Betriebsräte gehört es, Doppelerlösnisse und ähnliche Erscheinungen auszumergen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit zwingt die in Arbeit stehenden auf Nebenarbeit, die landwertschlicher Natur sind, Verzicht zu leisten. Bei gewöhnlichen und simpleren Arbeiten ist der Maßstab allerdings etwas anders. Diese Arbeiten sind rein individuell. Etwas anderes ist es aber, wenn jemand Handwerker, z. B. Schuhmacher, ist. Bitterer Not zwingt ihn nicht, abends noch etwa 4 Stunden und darüber zukaufen zu arbeiten, wenn er am Tage seine Arbeit im Staats- oder Gemeindefabrik v. rrichtet hat. Die in staatlichen Anstalten beschäftigten werden aus den Steuererlassen entlastet und es ist nicht richtig, wenn diese durch ebenfalls Nebenarbeit Arbeitslosen die Erwerbemöglichkeit nehmen und so die Steuerkraft schwächen. So mancher sagt, er kommt mit dem Lohn nicht aus. Das ist wohl richtig, aber man frage sich, wie die auskommen sollen, die auf die Erwerblosnissunterstützung angewiesen sind. Die Betriebsräte haben hier allerdings eine unendbare Aufgabe und man lasse sich nicht mit der Bemerkung abgeben, daß es ja so wenig sei, was abends noch gemacht werden könne. Viele wenig machen ein Viehl! Die Betriebsräte, die ihre Aufgabe ernst aufzufassen, werden sich nicht abhalten lassen, ihrer Bestimmung gemäß, also sozial, zu wirken, und davon darf sie auch nicht die Gefährlichkeit der Vertriebenen abhalten. Sorgt dafür, daß derartige Verhältnisse verschwinden; der Erfolg wird nicht ausbleiben!

• Staatsarbeiter •

Betriebsarbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben. Am 2. Oktober d. J. begannen im Reichsarbeitsministerium Lohnverhandlungen für die unter den Tarifvertrag vom 4. März d. J. fallenden Arbeitnehmer. Da das Lohnabkommen bis heute nicht endgültig abgeschlossen ist, weisen wir darauf hin, daß dasselbe nach Abschluß in der „Gewerkschaft“ bekanntgegeben wird. Zur Information für die unter den Tarifvertrag vom 4. März fallenden Kollegen weisen wir darauf hin, daß ab 1. Juni d. J. die jeweiligen Lebensunterhaltungszuschüsse an die Kollegen zu zahlen sind, wie dieselben bei der Reichs-Eisenbahnenverwaltung zur Auszahlung gelangen. Es folgen die jeweiligen Löhne und Erze: 40 Pfennig für alle Erze der Ortsklasse A im Bereich der Eisenbahndirektion Essen sowie Emmerich, Walsum und Mannheim. — 30 Pfennig für alle übrigen Erze der Ortsklasse B im Bereich der Eisenbahndirektion Essen sowie Dortmund, Aalen, Groß-Parmen, Düsseldorf, Dierfeld, Hagen i. Westf., Geelen, Herwit-Dortm. Crandenburg, Rohwinkel, Remscheid. — 20 Pfennig für alle übrigen Erze im Bereich der Eisenbahndirektion Essen aus Ortsklasse C und D, Berlin, Beldorf, Gaud, Uelshagen, Goltmadingen, Groß-Benelose, Halle, Calttern, Carlsburg, Hertenburg, Karlsruhe, Miel, Königswinterhausen, Langensalza, Lins und die übrigen am Rhein gelegenen Erze, soweit nicht Befahrungszulagen, Vorch, Vorch-aufen, Mühlhausen (Thür.), Mühlberg, Cier, Pilsan, Plauen, Reichen a. d. A. und alle Stationen, Renney, Stadtkagen, Groß-Stuttgart, Zimmernünde, Thale, Unterlich, Weihenfeld, Wernigerode, Winterberg (Westf.) Wintermark, Jördig. — 10 Pfennig: Perthesgaden, Wiedenlopf, Güntersfeld, Wocholt, Coswig in Sachsen, Zeisendöfen, Gerenburg, Eimersborn, Emden, Finckenbeerd, H.öha, Kreimann, Groß-Lamburg (mit Altona), Heideberg, Nürberg, Waddeburg, Eiersheim, Rörzheim, Plauen, Reichenbach i. V., Riesa, St. Georgen, Schweinfurt, Schwelbheim, Seckenheim, Seuffenberg, Singen, Willingen, Weimar, Weiswasser, Werdau, Wiesloch, Zwickau — für die unter den Manteltarif vom 7. November 1919 fallenden Arbeitnehmer sämlichen zurzeit gleichfalls Lohnverhandlungen. Auch diese Abmachungen werden nach erfolgtem Abschluß der Kollegenchaft zur Kenntnis gebracht. Wenn wir möchten wir bereits jetzt, daß die Lohnsätze ab 1. Oktober d. J. sich mit der für die Eisenbahner gültigen deckt.

• Notizen für Gasarbeiter •

Leipzig. Die Arbeiter der Vorratswerke hatten in ihrer Versammlung am 27. September beschlossen, neue Lohnforderungen aufzustellen. Sie am 30. September an den Zentralausschuß Leipziger Arbeiterverbände eingereicht wurden mit dem Gesuchen, bis zum 6. Oktober unserer Erwerbsverwaltung in Leipzig mitzutreten, wenn die Verhandlungen darüber stattfinden. Die vom 6. Oktober datierte Antwort des Zentralausschusses ließ wissen, daß die aufgestellten Forderungen den Direktoren der einzelnen Werke zur Stellungnahme unterbreitet worden sind; sei das erfolgt, würden wir weiter benachrichtigt werden. Den empfindlichen Verhandlungstermin erühen wir jedoch durch W. teilung von der Durchführung der Leipziger Gaswerke. Das war auffällig, weil die früheren Verhandlungen vom Zentralausschuß gepflegt wurden. Bei den Verhandlungen am 19. Oktober wurde eine Lohnhöhung für die

gekauften Belegschaften der Forstgaswerke von 35 Pf. pro Stunde zu stehen. Die Löhne für die Arbeiter der Gaswerke Wahren, Wülth-Grobenberg, Großschäcker und Engelsdorf betragen: Gasmesser und Feuerhausarbeiter pro Stunde 5,35 M., angelernte Arbeiter pro Stunde 4,00 M., Arbeiterinnen pro Stunde 3,55 M. Die Arbeiter des Gaswerkes Juenkau erhalten wie verdamt 30 Pf. weniger pro Stunde. Ihr Lohn betrug bisher 4,70, 4,25 und 3 M. und erhöht sich nunmehr auf 5,05, 4,55 und 3,35 M. in den drei Arbeitergruppen. Auf unsern Hinweis, daß dieses Zugeländnis unzulänglich sei, erklärten sich die Arbeitgeber bereit, trotzdem der Tarifvertrag rückwirkende Lohnzulagen grundsätzlich ausschließt, die Zulage ab 1. Oktober nachzulegen zu wollen. Die Arbeiter der Forstgaswerke nahmen in ihrer Versammlung am 23. Oktober in geheimer Abstimmung gegenwärtig Stimmen das Angebot der Thüringer Gewerkschaft an. Wie die Betriebsräte der Gaswerke berichteten, war ihnen nachdrücklich zugeworfen, daß der Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände ein Verhandeln über Lohnzulagen überhaupt untersagt hat und jegliche Lohnerhöhung ablehnt. Die Arbeiterschaft war jedoch gewillt, auch von ihrem letzten Mittel, der Arbeitniederlegung, Gebrauch zu machen, die Hauptleitung der Thüringer Gewerkschaft und die Direktoren bewiesen etwas mehr Einsicht, indem sie die Verhandlungen selbst ansetzten und, wenn auch in unzulänglicher Weise, einer Lohnerhöhung zustimmten. Die Arbeiterschaft präzisierete ihren Standpunkt dahin, daß sie nicht umhin könne, bei anhaltender Preissteigerung aller Subsistenzmittel sofort neue Lohnforderungen zu stellen, und so lange auf Teilnahme nicht verzichten könne, bis die Regierung endlich dafür Sorge, daß ein Preisabbau der Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt.

Landstraßenwärter

Wiesfeld. In der Versammlung der Landstraßenwärter des Landkreises Wiesfeld am 17. November gab Kollege Reuter einen allseitigen Überblick über die wirtschaftliche Lage. Sodann diskutierten er über die inzwischen eingeleiteten und zum Abschluß gekommenen Verhandlungen mit dem Kreisaußschuß. Er teilte mit, daß nunmehr die Stundenlöhne ab 1. August d. J. 3 M. betragen, also 24 M. pro Tag. Die Kollegen sind mit dem Vorgehen des Landes und einverstanden und erlauben die Ortsverwaltung Wiesfeld, auch weiterhin die Interessen der Kollegen wahrzunehmen.

Bremen. Am 22. Oktober tagte eine Konferenz der Landstraßenwärter von Nordhannover in Bremen. Neben den in Frage kommenden Gausleitungen waren 12 Delegierte vertreten. Gauleiter Weisner, Hannover berichtete über den Stand der Löhne beim Landstraßenbau. Weisner führte aus, daß Wohl in keiner Provinz so große Unterschiede in der Entlohnung der Landstraßenwärter zu verzeichnen sind wie in der Provinz Hannover. Zwischen niedrigstem und höchstem Lohnsatz ist ein Unterschied von über 100 Proz. Die Arbeit ist durchgängig Alfordarbeit. Die Alfordsätze sind 25 Proz. über den Tagelohn. Im Kreise Gronau verweigern unsere Kollegen die Alfordarbeit. Dort sind die Tagelöhne die höchsten in der Provinz. Sie werden 24 M. pro Tag gezahlt. Dann folgen drei Kreise mit 22 M. Tagelohn. Neun Kreise zahlen 20 M., vier Kreise 18 M., 15 Kreise 16 M. Tagelohn. In diesen 9 Kreisen dürfen 50 Prozent der Landstraßenwärter beschäftigt sein. In den 37 Kreisen von Nordhannover werden noch Tagelöhne von 11 bis 14 M. bezahlt. Die Notlage unter diesen Wärdern ist daher außerordentlich groß. Wohl soll zugegeben werden, daß ein Teil der Wärdern mehr oder weniger Landwirtschaft betreibt. Manche Wärdern haben bis zu 40 Morgen Land. Aber das ist ein verschwindend kleiner Teil. Die Mehrzahl ist auf ihren Verdienst angewiesen. Die Ursachen der niedrigen Löhne Nordhannovers liegen darin, daß hier die Organisation auf sehr schwachen Füßen steht. Die Wärdern in der Mehrzahl der Kreise sind noch unorganisiert. Diese Kollegen bilden das größte Hindernis. Auch die Herbspaltung in verschiedenen Organisationen sind nicht von Vorteil. Unsere sozialpolitischen Forderungen sind nur in sechs Kreisen im Gau Hannover durchgesetzt. In Nordhannover sind diese Forderungen nicht einmal gestellt. Eine einheitliche Aktion in der ganzen Provinz muß herbeigeführt werden. Jetzt wird bald hier, bald da etwas unternommen, stets resultatlos. Das Landesdirektorium stellt sich hinter die Kreise und die Kreise hinter das Landesdirektorium. Wir dürfen uns auch nicht von der Drohung scheuen lassen, daß bei weiteren Lohn-erhöhungen Wärdern entlassen werden sollen. Ein Teil der Landräte kann sich auch noch nicht daran gewöhnen, bei Regelung der Löhne die geschickte Arbeitervertretung und die Organisationsleitung hinzuzuziehen. Aber alle diese Schwierigkeiten können leicht überwunden werden wenn ein besserer Geist unter den Wärdern selbst herrscht. Der beste Beweis von der Wirksamkeit der Organisation ist der, daß die Kreise, wo die Wärdern organisiert sind, auch die schlechtesten Löhne haben. Diese Wärdern müssen und können gewonnen werden, wenn alle Kollegen tatkräftig mitarbeiten. — In der Diskussion berichtete Kollege Preißner, Bremerhaven über die Schwierigkeiten, die in der Lohnfrage mit

dem Kreis Lehe bestehen. Eine Pufferung kann nur eintreten, wenn die Verhältnisse in Hannover mit dem Landesdirektorium für die ganze Provinz einheitlich geregelt werden. Kollege Schulz, Hamburg berichtete aus dem Kreise Darburg. So erhalten die Wegwärdern der Gemeinde Wilhelmshagen 1 M. pro Stunde mehr als die Kreisstraßenwärter, die in der gleichen Gemeinde wohnen. Auch aus dem Kreise Stade wurde berichtet, daß dort die Löhne zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, und die Wärdern durch Androhung mit Entlassung eingeschüchelt werden. Hartmann, Osnabrück gab bekannt, daß es ihn in letzter Zeit gelange ist, für die um Osnabrück herum liegenden Kreise den Lohn auf 18 M. pro Tag zu bringen. Neumann-Bremen schilderte die große Missetätigkeit und Anteresslosigkeit der Landstraßenwärter. In Bremerörde sind alle wieder ausgetreten, nachdem der Verband eine Lohnzulage Letzwehliche. Die Konferenz beauftragte den Kollegen Weisner, Hannover mit der Ausarbeitung eines neuen Kollektivvertrages, der dem Landesdirektorium und allen Kreisen unterbreitet werden soll. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am 22. Oktober in Bremen tagende Konferenz der Gauleiter- und Landstraßenwärter der Provinz Hannover fordern vom Landesdirektorium und allen Kreisaußschüssen eine durchgreifende Aufbesserung der jetzigen Löhne für alle beim Landstraßenbau beschäftigten Arbeiter. Der größte Teil der Wärdern befindet sich in einer außerordentlichen Notlage. Die Verteuerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel bringt eine weitere Verteuerung der wirtschaftlichen Lage der Landstraßenwärter mit sich. Die Marktpreise für einen Morgen leichten Hoben betragen jetzt 100 bis 125 M. Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte, die wegen des geringen Besitzes an der Familie selbst gebraucht werden, sind daher außerordentlich hohe. Die Löhne beim Landstraßenbau stehen in keinem Verhältnis zu der herrschenden Verteuerung. Durchgängig sind die Löhne der Landarbeiter höher als die der Landstraßenwärter. Eine sofortige Erhöhung der jetzigen Löhne um 25 bis 50 Proz. ist dringend notwendig. Ferner protestiert die Konferenz entschieden gegen die Gausungsweise einzelner Landräte, die versuchen, bei Lohnverhandlungen die Organisation auszuschalten. Allen Betriebsräten wird zur Pflicht gemacht, ohne Organisationsvertreter keine Lohnverhandlungen zu führen. Vom Landesdirektorium wird endlich die verpöndliche Durchführung der sozialpolitischen Forderungen verlangt, da eine dringende Notwendigkeit hier vorliegt. Die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird beauftragt, diese Forderungen dem Landesdirektorium und allen Kreisaußschüssen zu unterbreiten. Allen Landstraßenwärdern wird zur Pflicht gemacht, sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen.“

Kreisaußschuß (Kreisamt Danzig). In der am 17. Oktober abgehaltenen, gut besetzten Versammlung der Wegwärdern in Kreisaußschuß des Kreises Großer Werder erstattete Kollege Kort-Danzig Bericht über die Lohnangelegenheit an den Kreisaußschuß und dessen Antwort. Von den Kollegen wurde bemängelt, daß der Kreisaußschuß die Erhöhung der Löhne verweigert hat. Es wird verlangt, daß Schritte unternommen werden, die unverzüglich zum Ziele führen, denn mit 12 M. pro Tag ist es im leuten Kreisamt unmöglich, den Lebensunterhalt für die Familie zu bestreiten. Kollege Kort referierte dann über Zweck und Ziele der Gewerkschaften, was mit reichem Beifall von den Kollegen aufgenommen wurde. Daraufhin wurde beschlossen, eine Zentrale zu gründen. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender und 1. Kassierer Johann Weisner, Simonsdorf, 2. Vorsitzender Feder, 2. Kassierer Will, 1. Schriftführer Niemann.

Osterburg. In der stark besuchten Versammlung der Straßenwärdern am 23. Oktober hielt Kollege Wachenberg einen Vortrag über: „Uniere Tarifbewegung und die wirtschaftliche Lage“. In der Aussprache wurde die Ausarbeitung der Extrabeiträge durch den Verbandsvorstand beauftragt. Die Extrabeiträge sollen sofort der Hauptkasse zugeführt werden, damit weitere Kämpfe nicht verzögert werden. Nachdem der Kassierer die Abrechnung bekanntgegeben hatte und die drückenden Betriebsfragen besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Aus unserer Bewegung

Gau Brandenburg. Der Arbeitgeberverband der Gemeinden und Gemeindeverbände im Regierungsbezirk Potsdam hatte die Gausleitung zu Verhandlungen über den Abschluß eines Bezirkskollektivvertrages für die Gemeindearbeiter im Regierungsbezirk Potsdam zum 28. Oktober 1920 eingeladen. Nach den einleitenden Worten des Verhandlungsleiters führte Gauleiter Kühne aus: „Bevor wir in die Spezialverhandlungen eintreten, haben wir dem Arbeitgeberverband folgende Bedingungen zu unterbreiten: 1. Der Tarifvertrag soll auf Arbeitnehmerseite nur den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Kontakten haben. 2. Die bisher im Regierungsbezirk Potsdam bestehenden Lohnsätze dürfen durch den Paritätssatz nicht vermindert werden. 3. Es sollen nicht mehr als 4. Erstklassen geschaffen werden, und der Lohn der niedrigsten Erstklasse muß mindestens 75 Proz. des Lohnes der 1. Erstklasse

betragen. 4. In dem abzuschließenden Tarifvertrage muß die Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeitnehmer geregelt werden. Nur unter der Bedingung, daß der Arbeitgeberverband diese unsere grundsätzlichen Forderungen annimmt, können wir in die Spezialverhandlung eintreten." — Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes zogen sich zu einer Beratung zurück und erklärten nach Wiederaufnahme der Verhandlung, daß sie zwar den ersten drei Punkten zustimmen wollten, jedoch hätten sie keine Zustimmung, die vierte Bedingung anzuerkennen. Nach kurzer Berührung der Gauselung, mit der amnestierenden Tarifkommission wurde dann von unserer Seite die Verhandlung abgebrochen. Es wurde uns von seiten der Arbeitgeber zum Schluß noch die Eröffnung gemacht, daß evtl. eine Generalversammlung ihres Verbandes einberufen werden würde, auf der dann beschlossen werden müßte, ob der Arbeitgeberverband den vierten Punkt unserer grundsätzlichen Forderung annehmen würde. — Ueberrückigens hatte man zu dieser Verhandlung wieder den christlichen Landarbeiterverband eingeladen.

Berlin. Zu dem für die Nieselsfeldarbeiter am 2. Oktober erfolgten Schlichtungsspruch im Reichsarbeitsministerium sind nachträglich Erörterungen eingegangen, daß den unhändigen Arbeitern, Schmittern und Schmitzerinnen nur 5 Mk. Tariflohnbeschlüsse pro Woche zusteht. Es ist dies der Satz, wie er für Jugendliche gewährt wird. Auf unseren Einspruch hin, wurden diese Erörterungen durch den Vorsitzenden des Schlichtungsgerichts, Herrn Dr. Prach, rückgängig gemacht und durch folgende ersetzt: „Mülländige Arbeiter, Arbeiterinnen, Schmittern und Schmitzerinnen gehören nur dann zu den Jugendlichen, soweit sie nicht im Eigenbesitz des Betriebsrats und der Verwaltung als vollwertige Arbeiter resp. Arbeiterinnen entlohnt werden. Da der Magistrat erst seine Zustimmung dazu geben muß, wird vorläufig der niedere Satz ausgesetzt. Sobald die Zustimmung erfolgt ist, wird den Beteiligten die Differenz nachgezahlt."

Könn. Eine am 17. Oktober abgehaltene Konferenz der Vertrauensleute und Funktionäre beschloß einmütig, dem Erützen des Hauptvorstandes zur finanziellen Unterstützung der streikenden städtischen Kollegen Hilfe zu leisten. Außerdem wurde aus der Hilfskasse ein Betrag von 1000 Mk. überwiesen, während die Kollegen des Kartoffelbauers durch Sammlung noch einen Betrag von 307 Mk. und ein Kollege W. vom Gaswerk noch 20 Mk. extra spendeten. — Wir beklagten kürzlich von unserem seit Monaten sich am Amtsgericht abspielenden Kampf mit der Landwirtschaftskammer. Vor dem Termin, der das Urteil verkündend sollte, wurde alles im Gesamtbetrage von über 2000 Mk. bewilligt und auch die sonstigen Forderungen erfüllt. — In der Angelegenheit des Reichsübermorgens am 1. Januar 1921 weiterzubehalten. — Das Presbyterium der evang. Kirchengemeinde in der Stadt des alabemisch gebildeten Organisten und Leiter des Kirchengesangsvereins ein Jahresgehalt von 2600 Mk. Dabei lehnt man vorläufig nach ab, mit der Organisation zu verhandeln.

Breslau. Zu der Generalversammlung am 19. Okt. 1920 gab Kollege R. sich den Reichsberichter vom 2. und 3. Quartal. Den Nachbericht erstattete Kollege Schulze. Die Gesamtsumme betrug 201.948,22 Mk.; die Gesamttausgabe 154.591,49 Mk., so daß ein Massenbeitrag von 46.613,83 Mk. verbleibt. Den Bericht vom Betriebsrechnungserhaltet Kollege Rohntod. Die Gründung eines örtlichen Kampfkomitees erörterte Kollege R. sich. Der Vorstand empfiehlt der Versammlung vom 1. Januar 1921 folgende monatliche Extrabeiträge zu zahlen: In der Wochenbeitragsklasse von 0,70 Mk.; 0,50 Mk.; Wochenbeitragsklasse von 1,10 Mk.; 1 Mk.; Wochenbeitragsklasse von 1,60 Mk.; 1,50 Mk. und in der Wochenbeitragsklasse beträgt dieser Extrabeitrag 1,50 Mk. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein solcher, der den Arbeitslosen eine Extrazustellung zu Weihnachten sichert. Zum Schluß fand noch folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 19. Oktober 1920 im Gewerkschaftshause vermittelten Gemeindeforderungen nehmen von den Maßnahmen, die der Breslauer Magistrat zur wirtschaftlichen Befreiung der städtischen Betriebe vorzunehmen gedenkt, Kenntnis. Sie billigen die Schritte der Verhandlung, die diese beim Magistrat unternommen hat und beauftragen sie, in dieser Angelegenheit weiterzuarbeiten. Die Gemeindeforderungen können sich aber niemals damit einverstanden erklären, daß nur auf ihre Kosten die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gesichert soll. Solange hier nicht ein anderer Weg gefunden wird, lehnen die Gemeindeforderungen es ab, für irgendwas verantwortlich zu sein oder Opfer zu bringen. Nur durch die von der Verbandsleitung vorgeschlagene Kommission (wenn hier jeder städtische Betrieb ohne Hilfe in dieser Beziehung Ordnung geschaffen werden, ohne daß die städtischen Arbeiter oder die minderbemittelte Bevölkerung allein zu sein brauchen. Die Gemeindeforderungen versprechen, sich hinter dem Verstand zu stehen und jetzt schon Tatsachenmaterial zu sammeln, um der Verbandsleitung die Arbeit in dieser Beziehung zu erleichtern."

Düsseldorf. An dem von den Herren im Juli d. J. angezeigten und verlorengegangenen Streik der städtischen Arbeiter

war auch der den Syndikalistischen angehörige Obmann des Betriebsrats Schulz beteiligt. Er wurde nach dem Streik nach wieder in Arbeit genommen. Der deshalb ausgesessene Schlichtungsanspruch entschied gegen ihn. (Wir berichteten darüber in Nr. 33 der „Gewerkschaft"). Mit diesem Herrn beschäftigte sich dann auch die sozialdemokratische „Freie Presse", die ihn als Streikbrecher bezeichnete. Herr Schulz sandte daraufhin diesem Blatt ein langes Schreiben, das er in Hingstellung bzw. Klärstellung nannte. Er behauptete darin, daß er keine Beschäftigung mehr bekomme, weil sein Arbeitgeber mit ihm — dem Streikbrecher — zusammenarbeiten wolle. In diesem Schreiben machte er aber selbst den bezüglichen Streikbruch angegeben. Inzwischen hat er aber auf unsern Verband weiter geschimpft, unsern Kollegen Hilbert insbesondere angepöbel und eine Verleumdung angehängt, in der er die Namen aller Streikbrecher der Düsseldorf städtischen Arbeiter und des Gemeindefordererverbandes veröffentlichte wurde, damit diese Leute in ganz Deutschland gerichtet seien". Wir machen hiermit für Herrn Schulzens Propaganda die nötige Beklamme, die deutsche Arbeitererschaft wird sie gebührend zu würdigen wissen.

Esslingen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung faßte einstimmig den Beschluß, ab 1. November als selbständige Filiale im Verbandsgebiet zu werden. An Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden Jannert werden die Besammlungen den Kollegen Spille. Ein Vertrag des Kollegen Spork. Vom Streik die gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit. Den Kartellbericht geben die Kollegen Vietz und Spille. Die Kartellstrategie bildete auch hier die Tagesfrage. Die demnächstigen Gabeln zum Gewerkschaft wurden in Erinnerung gebracht und bei Verabschiedung der Konsumgenossenschaftsfrage der Beitritt allen Kollegen aufs dringendste empfohlen.

Frankfurt a. M. In der Generalversammlung am 20. Oktober gab Kollege R. sich den Nachbericht vom 3. Quartal. Daraus berichtete Kollege Strunk über unsere Lohnforderungen. Die Schlichtungsstelle hat beschlossen, den städtischen Arbeitern zum Grundlohn einen Proz. Zuschlag vorzuschlagen. Die Verammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Nachdem Kollege Strunk über die Notwendigkeit der Extrabeiträge referiert hatte, wurden Neuwahlen zum Hilfsvorstand vorgenommen.

Wiesbaden. In der Hilfsversammlung am 17. Oktober referierte Kollege R. sich über den Gemeindefordererbeitrag in Sachen, zum Schluß wurde eine Sympathieaktion angenommen und der Erhebung von Extrabeiträgen zugestimmt.

Leipzig. Die Versammlung der städtischen Arbeiter am 16. Oktober befaßte sich mit dem Abbruch des Streiks. Viele Kollegen waren mit dem Erfolg nicht zufrieden. Ein übriges taten die Kommunisten. Redner der freien Arbeiterunion, deren es einige in den Gewerkschaften gibt, versuchten mit ihren immer wiederkehrenden gleichlautenden Aufregungen zu beweisen, daß der Kampf so, wie sie es vorausgesagt hätten, völlig verloren sei. Da auch verloren sei, wenn alle Forderungen reines dem Licht werden wären. Diese Pointe war jedoch für die Masse der Kollegen nicht ein köstliches Dorn. Sie trug mit dazu bei, ein ganz anderes Abstimmungsresultat über Annahme oder Ablehnung herbeizuführen, als es viele vorausgesehen glaubten. Nach dem Einlangen des Standes der Löhne bis zum 30. September 1920 betrug der Jahresdienst eines gelernten Arbeiters 12.056,20 Mk., eines angelernten Arbeiters 11.533,00 Mk., der eines ungelernen Arbeiters 11.007,36 Mk. Der Jahresdienst nach dem 1. Oktober 1920 beträgt für einen gelernten Arbeiter 12.729,00 Mk., für einen angelernten Arbeiter 12.105,50 Mk. und für einen ungelernen Arbeiter 11.600,40 Mk. Das macht ein Mehr beim gelernten Arbeiter von jährlich 673,40 Mk., beim angelernten 572 Mk., beim ungelernen 599,04 Mk. Am 20. Oktober fanden bereits Verhandlungen über die Regelung der Frauenlöhne mit dem Rat der Stadt Leipzig statt. Lediglich hat der Rat angeführt, daß den in Folge Strom- und Gasmangels noch Hause entlassenen Arbeitern der Lohn nachbezahlt wird, es kommt nur ein Bruchteil der Arbeiter in Betracht. Ebenso nimmt der gemeinde Ansehen zu der Draufschaltung der Arbeitszeit in der Straßenreinigung auf die ursprüngliche noch diese Woche Stellung. Ebenso ist noch die Arbeitszeit für die Hausmädchen in den Krankenhäusern und Pflegeanstalten zu regeln. Nach der Vereinbarung erhalten insgesamt die Arbeiter im Jahre mehr: 700 gelehrte Arbeiter à 693,60 Mk. — 471.520 Mk., 2500 angelehrte à 572 Mk. = 1.430.000 Mk., 50 ungel. = 290.520 Mk. — 290.520 Mk. Zusammen erhalten also 2250 Arbeiter jährlich mehr 1.931.472 Mk. Außerdem kommt hinzu, daß die Retortenhausarbeiter in den Gaswerken den Lohn für gelehrte Arbeiter erhalten, da von ihnen die körperlich am schwersten und unergieblichsten Arbeit zu leisten ist, so daß sich die Gesamtlohn-erhöhung auf etwas über 2 Millionen Mark im Jahre beläuft. Trotz dieser ausnehmend hohen Summe ist leicht ersichtlich, an dem oben verzeichneten Jahresdiensten des einzelnen Arbeiters, daß es selbst nach Aufzählung des Rates der Stadt Leipzig unmöglich ist, damit das zum Leben Notwendige für eine Familie beschaffen zu können, indem dazu ein Einkommen von 15.000 Mk. noch nicht genügt. Damit ist treffend illustriert, was es mit den sogenannten überspannten Forderungen auf sich hat. Sorge die Regierung für

Beitilung des Wanders und Preisabbaus der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Dann liegt den Arbeitern auch nichts daran, sofort mit neuen Forderungen zu kommen. Die Leipziger Kollegenchaft stand in diesem Kampfe wie die Kollegen ganz Sachsens einmütig zusammen. Die gebrochene Opfer waren nicht umsonst; wenn das Ergebnis auch kaum Befriedigung auslöste, so wurde doch der Versuch abgewehrt, daß bei fortwährend steigenden Preisen für den Lebensunterhalt der Lohnarbeiter bei den Gemeinbearbeitern zur Tat werden konnte. Erreicht wurde die Erhöhung der Rindersteuergulage auf die Höhe der Staatsbeamten und wöchentliche Lohnzulagen von 11,05, 12,50 und 13 Mk. für sämtliche Städte Sachsens mit Ausschneide des Chemnitzer Abkommens, das mehr brachte.

Zutlingen. In einer Versammlung aller bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter wurde nach der Berichterstattung der Kollegen Stetter und Schlinger über die auf dem Nationalkongress beschlossenen Verhandlungen zur Gründung einer eigenen Zentrale geschritten, nachdem bis jetzt die Kollegen in verschiedenen Organisationen zerstreut waren. Neben der vollständigen Anerkennung unserer vereinbarten Tarifverträge ist es bei diesen Verhandlungen auch noch gelungen, die Lohn für mehrere württembergische Städte bestehende Aushilfs- und Winterliebesunterstützung einzuführen. Das bedeutet für die dortigen Kollegen einen schönen Erfolg zur Gründungsperiode der Zentrale. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender A. Schlinger, als Kassierer E. Stengel. Wir wünschen dieser neuen Zentrale ein gutes Gedeihen und heißen die Kollegen in unseren Reihen herzlich willkommen.

Wilhelmsbaven. Durch die Organisationsleitung hatten die städtischen Arbeiter die Forderung auf Weiterzahlung des bis zum 17. Oktober bewilligten Zuschlages von 10 Proz. auf die Stundenlöhne gestellt. Das von uns abgeforderte Schreiben mit der Forderung nicht erhalten. Auf Anfrage wurde uns erklärt, daß das Geld zur Auszahlung gelange. Die Kollegen zweifeln auf Grund früher gegebener Versprechungen an dieser Erklärung und verlangen sofortige Auszahlung. Da dieses nicht geschah, beschloßen sie den Streik. Eine Kommission unter Führung des Kollegen Kuff wurde beim Magistrat vorstellt. Es erfolgte Einigung über die Auszahlung der 10 Proz. Die Arbeit wurde nach 4 1/2 stündigem Streik wieder aufgenommen. Besonders ungeduldet sind die städtischen Arbeiter darüber, daß der Magistrat bei Arbeitsangelegenheiten die Mitwirkung des Betriebsrates nicht genügend berücksichtigt. Würde es gelingen, dann brauchen die Arbeiter nicht zum Aufbruch zu greifen.

Rein. In der Sitzung aller Vorstandsmitglieder der Zentrale der Betriebsräte und Arbeiterräte der städtischen Betriebe am 17. Oktober wurde zu der Forderung des Lohnarbeits des Arbeitgebersverbandes der Provinz Sachsen und des Preisarbeits Anhalt Erstellung genommen. Dieser Lohnarbeits hat für die städtischen Arbeiter Löhne vor, welche für jegliche Verhältnisse völlig unzureichend sind. Gauweiler habe wurde deshalb beantragt, diesen Lohnarbeits zu kündigen. Wir hoffen, daß sich die Kollegen der anderen in Frage kommenden Städte unierm Vorgehen anschließen.

Internationale Rundschau

Aufbau und Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes. Am 18. Oktober fand in Berlin eine Zusammenkunft statt, in der Direktor Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt über Aufbau und Aufgaben dieser Behörde sprach. Anwesend waren Vertreter des A.D.G.A. der Gewerkschaftsvorstände, die in Berlin ihren Sitz haben, der Christ- und Sozialdemokratischen und der Christlichen Verbände. Außerdem noch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums. Thomas würdigte, was die Gewerkschaften vor dem Kriege geleistet haben. Vor dem Kriege war es in Frankreich nur Caillaux, der für internationalen Arbeiterschutz gekämpft habe. Während des Krieges sei aber in allen Ländern ziemlich zu gleicher Zeit die Bewegung dafür immer mehr erlosch, die auf einen internationalen Arbeiterschutz hingiele. Die Konferenzen von Leeds (1916), Stockholm (1917) und Bern (1917) kamen zum gleichen Ergebnis, zur Forderung einer internationalen Arbeiterschutzorganisation. Thomas hob dann hervor, daß die internationale Organisation für den Arbeiterschutz aus zwei Organisationen besteht, der Hauptversammlung und dem Internationalen Arbeitsamt. Die Hauptversammlung tritt zweimal im Jahre zusammen. Jeder Mitgliedsstaat entsendet außer den Regierungsvertretern je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese beiden Vertreter müssen aus den maßgebenden Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entnommen werden. Welche Organisationen dafür maßgebend sind, ist in einigen Ländern mitunter sehr schwierig zu bestimmen. Die Hauptversammlungen können Beschlüsse fassen von zweierlei Art. Erstens Entwürfe zu einem Nebereinkommen, zweitens Vorschläge. Die Nebereinkommen werden bindend, wenn sie von den Staaten ratifiziert sind. Sie wirken dann wie früher die Staatsverträge. Die Vorschläge lassen den einzelnen Staaten Freiheit, ob sie den Vorschlägen nachkommen wollen. Als auf der Friedenskonferenz über den Teil 13 beraten wurde, haben die Arbeitervertreter in der

Kommission dieselbe beantragt, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung gleichgebende Kraft erlangen sollten. Dies ist aber nicht durchgebrungen, weil zu viele der Staaten Bedenken dagegen hatten. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb Jahresfrist den Parlamenten vorgelegt werden. Thomas wies darauf hin, daß er in Berlin sei, um die nächste Vorlegung von Projekten des Arbeiterschutzes beim Reichstage zu bewirken. Er würde zu demselben Zweck nach Prag und Warschau fahren. Das Internationale Arbeitsamt besteht aus einer diplomatischen und einer wissenschaftlichen Abteilung. Die diplomatische Abteilung hat die Aufgabe, die Beziehungen zu den einzelnen Ländern zu pflegen und die Tagesordnung für die Hauptversammlungen vorzubereiten. In der wissenschaftlichen Abteilung geschieht die Sammlung des Materials aus den einzelnen Ländern über die Arbeitsverhältnisse und die Erstellung von Nachrichten, die Herausgabe von Veröffentlichungen usw. Es erscheinen ein wöchentliches amtliches Mitteilungsblatt, ferner nach Bedarf die „Studien und Dokumente“ über einzelne wichtige Tagesfragen, außerdem eine monatliche wissenschaftliche Zeitschrift, wahrscheinlich noch jetzt an auch in deutscher Sprache. Außerdem besteht am Internationalen Arbeitsamt noch ein besonderes Kabinett des Direktors, dessen Personal damit beauftragt ist, die Beziehungen zu den Berufsverbänden der einzelnen Länder zu pflegen; daneben noch technische Dienste, die sich mit Spezialfragen zu befassen haben (Arbeitslosigkeit, Wanderungsfragen, Landwirtschaft, Studium des Volkswirtschafts usw.). Diesen Abteilungen stehen Spezialisten vor. Das Internationale Arbeitsamt sei zurzeit in voller Tätigkeit. Es habe die Beziehungen zu allen Ländern aufgenommen. Er müsse aber hervorheben, daß die Völker, die die deutsche Sprache gebrauchen oder als Hilfssprache verwenden, am fleißigsten die vom Internationalen Arbeitsamt ausgehenden Briefe beantworten. Von 25 Millionen organisierter Arbeiter, auf die sich das Internationale Arbeitsamt erstreckt, sind 10 Millionen in solchen Ländern, die die deutsche Sprache verwenden. Daher ist das Internationale Arbeitsamt zum großen Teil von der Mitwirkung dieser Länder abhängig. Bisher habe jeder Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nicht schädigend, sondern fördernd auf die Arbeitsleistung gewirkt. Deutschland habe sich vor dem Kriege geschmeichelt, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes am weitesten vorgeschritten zu sein und das habe auch seiner Arbeitsleistung keinen Abbruch getan. Redner appelliert an die deutsche Arbeiterschaft, die Wichtigkeit dieses Sazes auch weiter zu beweisen. Gesetzesbestimmungen haben gewiß ihren Wert, es ist aber der Geist, der sie lebendig machen muß. Er habe stets den größten Wert darauf gelegt, mit den Berufsverbänden in den einzelnen Ländern in Verbindung zu kommen. Wenn die öffentliche Meinung das Internationale Arbeitsamt nicht unterstütze, bleibe die ganze internationale Bewegung ein toter Buchstabe. In Frankreich sei auf dem Gewerkschaftskongress zu Orleans die Vertrauensfrage für das Internationale Arbeitsamt gestellt worden. Mit überwältigender Mehrheit habe der Kongress sich für weitere Mitarbeit ausgesprochen. Auch in anderen Ländern steigt das Vertrauen zum Internationalen Arbeitsamt, sogar in Japan. In Indien werden Arbeiterschutzmaßnahmen nach den Beschlüssen des Arbeitsamtes eingeführt. Die englische Zeitung „Morning Post“ habe daraufhin sogar schon den Vorwurf erhoben, daß das Internationale Arbeitsamt auf die Revolution hinwirke. — Es erfolgte sodann eine Aussprache, an der sich die Genossen Anoll, Dreher und Kollege Dittmer beteiligten. Sie betrafen Fragen der Arbeitslosigkeit, der Auswanderung usw. Ferner wurde auf die Härten des Friedensvertrages und auf die neuerdings auf Grund dieses Friedensvertrages noch erhobenen, weiteren Forderungen hingewiesen. Thomas erwiderte, daß diese Vorwürfe gegen den Friedensvertrag im wesentlichen dieselben seien wie die, die ihm bei seinem Vortrag im Saargebiet mitgeteilt worden seien. Er betonte, daß seine Zustimmung, die auf die Lebensbedingung der Arbeiter einwirkt, dem Internationalen Arbeitsamt fernbleiben könne. Es werde jetzt eine Erhebung über die Lebenskosten vorgenommen, wobei Gelegenheit gegeben sei, für die deutschen Arbeiter das vorzubringen, was sie in dieser Beziehung auf dem Herzen haben. — Ein Urteil über das Internationale Arbeitsamt zu fällen, ob es die begebenen Hoffnungen und Wünsche der Arbeiterschaft erfüllen wird, ist heute noch nicht möglich. Es muß seine weitere Entwicklung und Tätigkeit abgewartet werden.

Kanada. In diesem Lande bestanden Ende 1919 2300 Christliche von 90 international-amerikanischen Verbänden mit 260 217 Mitgliedern. Uebrigens hat eine kleine Anzahl von Verbänden noch in Newfoundland, in Mexiko, Kuba, in der Panamanaisland und auf den Hawaii- und den Philippinen-Inseln (im Stillen Ocean) Ortsgruppen, doch ist die Mitgliederzahl in allen diesen Gebieten ganz gering. In Kanada haben die internationalen und nationalen Organisationen zusammen 878 047 Mitglieder; davon treffen auf 90 amerikanische Zentralverbände 260 217 Mitglieder, auf die nationalkatholischen Organisationen 35 000, auf die kommunistische „One Big Union“ (einen allgemeinen Arbeiterverband) 41 150 Mitglieder und auf sonstige auf Kanada beschränkte gewerkschaftliche Organisationen 41 660 Mitglieder.

Zum 9. November 1918

Blutumraufschel und Iränenhewer
Zogen die Jahre,
hart und leer
War unser Leben,
Todumdroht
Gingen wir hin
Durch all die Not.
Männer starben,
Kinder verstarben,
Wir schafften uns Brot.

Bis unser Tag kam!

November war es voll Frühlingsluft,
Voll Lerchenschlag und Veilchenduft,
November, wie kaum ihn Menschen gesehn
Voll Drängen und Werden und Auserstehn,
Aus all den Strömen von jungem Blut
Wuchs eines Volkes Verzweigungsmut.
Es rüttelt hart an der Zwangburg Tor,
Und siehe, Menschen strömten hervor,
Zur Freiheit, zur Sonne, zum Menschenfel
Ritzend jetsprangen Ketten und Schein.
Opfer fielen mit juchzendem Schrei
Auf sterbenden Lippen:
Unser Volk ist frei!

Frei wurden auch wir, wir gefnehten Frau'n
Wir dürfen froh auf zur Sonne schau'n.
Dürfen segnend die Hände heben,
Dürfen lieben das heilige Leben.
Rein ist die Seele,
Flammendurchglößt,
Fremd und Fehle,
Schmerz und Not
Läßt der Liebe heiligen Schein
Heller nur leuchten, weithinein!

Tag der Erldung aus Schmachvoller Qual
Wir grüßen dich heut zum zweiten Mal.
Du bist der Wagners der wolkenden Kraft
Die in den Tiefen des Volkes haßt,
Das Land voll Freiheit und Erdenglück
Du zerglößt es dem umflorten Vld.
Wegleuchte der Zukunft auf dunklem Pfad --
Du Tag des Wolkens, du Tag der Tat!

Alte Debu-Schau L. B. Giebel.

Rundschau

Alkohol und Proletariat. Nach einer Arbeit in der Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen in die Zahl der auf Alkohol zurückzuführenden Geisteskrankheiten im Arge wesentlich zurückgegangen, ebenso die Zahl der durch den chronischen Alkoholismus verursachten körperlichen Erkrankungen. Leider tritt, so leicht es, wieder eine Zunahme im Alkoholismus zutage, wozu Verer in der Deutschen Medizinischen Wochenchrift hinweist. Besonders bedauerlich ist auch die zunehmende Trunksucht bei der weiblichen Bevölkerung. Es ist unabweisbar, daß die traurige soziale Lage ihr Teil zu diesen bedauerlichen Tatsachen beigetragen hat. Um so verwerflicher ist es, daß jetzt sogar das Volkswieder zum Ausschank kommt, in dieser Zeit großer Nahrungsmittelkennern. Wie die Münchener Medizinische Wochenchrift aus Bayern berichtet, betrug der Bedarf an Getreide zur Vorbereitung 1818/19 nur 12 Prozent des Brotgetreidebedarfs, 1919/20 aber 20 Prozent. Und trotz dieses erhöhten Bedarfs an Getreide das Volkswieder. Diese Tatsache weist einmal wieder nur allzu deutlich, daß in der heutigen Volkswirtschaft nicht die Interessen des Ganzen leitend sind, sondern der Profit von wem, und daß das Proletariat deshalb sein Recht nur erringen kann durch den proletarischen, gewerkschaftlichen Kampf.

Neben einer praktischen Gewerkschaftsführung in Berliner Gastwirtschaften, die sich analog auch auf andere Berufsgebiete an

wenden läßt, berichtet „Der Gewerkschaftler“. Danach sind die Arbeitgeber verpflichtet, vom 1. Oktober ab auf jeden 10. Mellner einen Mellner neu einzustellen. Von diesen elf Mellnern muß dauernd einer auf Urlaub sein. Mütter und kleiner Kinder werden individuell behandelt. Die Betriebsvertretungen sind verpflichtet, die Nachfolge der Zwangsurlauben unverzüglich festzusetzen.

Eingegangene Schriften und Bücher

Ins Leben hinein! Von Engelbert Graf. Das Buch ist eigens als Festgabe bei den Jugendweihen bestimmt. Das Bändchen enthält Gedichte und Prosafiktion. Goethe, Toller, Selne, Max Parthel, Grillparzer und Schönlank, Ma r, Tolstoi, Karl Liebknecht, Fortuise, Rautava, Matti, Mübe, Gorkh und Krapotkin sprachen zu den Jugendlichen. Eine Einleitung von Graf läßt einer Uebersicht gleich die Wesse erkennen, die dem Inhalt Harmonie geben, so daß die reinen Teile des Textes wenig verboden sind, unausföhrlich und doch fast süßbar. Wieder mit roten Stellen den Rand. In den besten Zeilenarten auf besonders gutem Papier gedruckt, ist der reiche Inhalt auf 72 Seiten untergebracht. Das Buch ist für Knaben sowohl als auch für Mädchen, die aus der Schule entlassen sind. Es kostet im Einzelverkauf 8 Mk. Organisationen, denen der größeren Besügen der Preis bedeutend ermäßigt wird, wollen sich direkt an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, wenden.

Filiale Gießen.

Zum Eintritt am 1. Januar 1921 wird ein Ortsbeauftragter gewählt, der mindestens 3 Jahre ein freies Gewerkschaftsmitglied sein muß und zur erste Wahl. Dem Beauftragten steht ein hiesiger Ortsbeauftragter sowie selbständige Arbeiter über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten zugehörig. Abwahlung erfolgt nach einem vierjährigen Probejahr. Wahlen sind bis zum 1. Februar an den Gewerkschafts- und Staatsarbeitsverband, Gießen, Casowigstr. 9 mit dem Vermerk „Gewerkschaftsmitglied“ zu stellen.

Totenliste des Verbandes.

Meta Almet, Altona 13.10.1899, 29 Jahre alt	Frieda Schröder, Dresden 14.10.1899, 27 Jahre alt	Ernst Wollmann, Leipzig 18.10.1899, 24 Jahre alt
Ch. Steimetz, Arnstadt 17.10.1899, 20 Jahre alt	Joseph Spinner, Dierdorf 18.10.1899, 20 Jahre alt	G. Sonnenburg, Chtenberg 18.10.1899, 20 Jahre alt
Jakob Span, Pausburg 19.10.1899, 19 Jahre alt	Paul Richter, Gifort 19.10.1899, 19 Jahre alt	Herm. Schneider, Chtenberg 19.10.1899, 19 Jahre alt
H. Becker, Rad Nauheim 20.10.1899, 18 Jahre alt	P. Hofmann, Frankl. a. M. 21.10.1899, 18 Jahre alt	Heinrich Richter, Chtenberg 21.10.1899, 18 Jahre alt
F. Riemann, Rechenbach 22.10.1899, 17 Jahre alt	H. Weber, Frankl. a. M. 23.10.1899, 17 Jahre alt	Ernst Müller, Magdeburg 23.10.1899, 17 Jahre alt
Ernst Döring, Berlin 24.10.1899, 16 Jahre alt	M. Grassal, Friedland 25.10.1899, 16 Jahre alt	Wilo. Kator, Hainheim 25.10.1899, 16 Jahre alt
Willy Döring, Berlin 26.10.1899, 15 Jahre alt	Karl Jaak, Friedland 27.10.1899, 15 Jahre alt	Ph. Cuthner, Mannheim 27.10.1899, 15 Jahre alt
Gerard Cnel, Berlin 28.10.1899, 14 Jahre alt	David Max Käner, Hamburg 29.10.1899, 14 Jahre alt	Gustav Ditzel, Nordhausen 29.10.1899, 14 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 30.10.1899, 13 Jahre alt	Friedrich Ditzel, Hamburg 31.10.1899, 13 Jahre alt	Rabette Krapp, Nürnberg 31.10.1899, 13 Jahre alt
Max Grotz, Berlin 1.11.1899, 12 Jahre alt	Paul Klem, Berlin 2.11.1899, 11 Jahre alt	Paul Jäger, Oswitz 3.11.1899, 11 Jahre alt
Paul Klem, Berlin 3.11.1899, 10 Jahre alt	Heinrich Selne, Hamburg 4.11.1899, 9 Jahre alt	Karl Kaurhof, Pegau 5.11.1899, 8 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 5.11.1899, 8 Jahre alt	Frdr. Klippstein, Hamburg 6.11.1899, 7 Jahre alt	Wilo. Schimann, Saizwedel 7.11.1899, 6 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 7.11.1899, 6 Jahre alt	Ernst Cänge, Hamburg 8.11.1899, 5 Jahre alt	G. Urban, Samarcendorf 9.11.1899, 4 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 9.11.1899, 4 Jahre alt	Gustav Schinkel, Hamburg 10.11.1899, 3 Jahre alt	Willy Schreiber, Berlin 11.11.1899, 2 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 11.11.1899, 2 Jahre alt	Otto Schmidt, Hamburg 12.11.1899, 1 Jahre alt	Robert Gläser, Sudende 13.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 13.11.1899, 1 Jahre alt	Gustav Senf, Hamburg 14.11.1899, 1 Jahre alt	Gustav Mücke, Crepau 15.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 15.11.1899, 1 Jahre alt	Carl Strothfeld, Hamburg 16.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Dähne, Wilmersdorf 17.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 17.11.1899, 1 Jahre alt	Wenzel Schramm, Gänichen 18.11.1899, 1 Jahre alt	Wenzel Schramm, Gänichen 19.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 19.11.1899, 1 Jahre alt	Klara Weber, Jena 20.11.1899, 1 Jahre alt	Wenzel Schramm, Gänichen 21.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 21.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 22.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 23.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 23.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 24.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 25.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 25.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 26.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 27.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 27.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 28.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 29.11.1899, 1 Jahre alt
Willy Grotz, Berlin 29.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 30.11.1899, 1 Jahre alt	Ernst Wagner, Leipzig 1.12.1899, 1 Jahre alt

Eure ihrem Andenken!